

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 22.07.2024
Antragsnr.: 078/2024
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: II
mit Referat:

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 22.07.2024

**Änderungsantrag zur Haushaltssperre:
Keine Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Stadträte**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir stellen folgenden Änderungsantrag zur Haushaltssperre:

Die dieses und nächstes Jahr geplante Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Stadträte wird gestrichen. Gleiches gilt für die Aufwandsentschädigung für Fraktionsvorsitzende.

Begründung:

Die sich für November 2024 bzw. Februar 2025 aus der Anpassung des bayerischen Besoldungsgesetzes ergebenden Erhöhungen der Aufwandsentschädigungen für Stadträte (ohne Fraktionsvorsitzende) summieren sich bereits auf etwa 60.000 Euro pro Jahr.

Nachdem wir intensiv um Einsparungsmöglichkeiten im Haushalt der Stadt Erlangen gerungen haben, sollte sich der Stadtrat nicht ausnehmen. Das ist gerade in Anbetracht der Kürzungen im Haushalt 2024 und der angekündigten sehr angespannten Haushaltsverhandlungen für 2025 ein wichtiges Signal an die Erlangerinnen und Erlanger.

Bei der zweckmäßigen Verwendung der eingesparten Gelder schlagen wir natürlich einen Einsatz im sozialen Bereich vor, etwa bei Amt 50 oder Amt 51. Allerdings wollen wir die letztendliche Entscheidung der Verwaltung überlassen, weswegen wir im Antrag keinen konkreten Ausgabenvorschlag unterbreiten.

Mit freundlichen Grüßen

Fabiana Girstenbrei
(Stadträtin)

Lukas Eitel
(Stadtrat)